

Ungarn hat Angst vor dem Rechtsrutsch

## Sie nennen ihn bereits "Diktator"

**Düsseldorf (RPO).** Ungarns Premier Victor Orbán spaltet das Land. Er hat mit seiner Zweidrittel-Mehrheit im Parlament die Verfassung geändert: Das neue Recht beschneidet die Befugnisse der Justiz und der Opposition. Das Ausland zeigt sich besorgt. Die Wut in der Bevölkerung wächst. Zehntausende störten am Montag die Staatsgala in Budapest mit gellenden Pfiffen.

Die Demonstrationen haben ein neues Ausmaß angenommen. Sie halten Stopp-Schilder in die Höhe, "Es reicht uns", steht darauf geschrieben. "Genug", "Orbán's Diktatur" oder "Orbánistan", steht auf anderen Schildern. In Sprechchören rufen sie Premier Victor Orbán einen Diktator. "Heute Abend ist die Oper eine Stätte der Heuchelei", sagt ein Redner. Der Ministerpräsident habe sich mit der Ablegung seines Amtseids zum Schutz der Verfassung verpflichtet, nun habe er sie über Bord geworfen.

Zehntausende Demonstranten sind es, die an diesem Montagabend in der ungarischen Hauptstadt Budapest gegen die neue Verfassung des Landes demonstrieren. Der Kontrast zwischen ihrer Wut und der Staatsmacht könnte größer kaum sein. Der Protest versammelte sich vor der Staatsoper, in der die politische Führung bei einer abendlichen Gala die Einführung des neuen Grundgesetzes feierte. Draußen sammelte sich der wohl größte Protest auf den Straßen seit der Parlamentswahl vor anderthalb Jahren.

### Meinungsbildung von oben

Damals gingen die Menschen gegen die regierenden Sozialisten auf die Straße. An ihrer Spitze stand: Victor Orbán. Bei den Wahlen erzielte er mit seiner rechtsnationalen Fidesz-Partei einen Erdrutsch-Sieg. Mit 53 Prozent der Stimmen errang er eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Seitdem glaubt Orbán, er könne das Land im Namen des Volkes umbauen. Mit seiner Mehrheit im Rücken kann er das problemlos tun. Die neue Verfassung wurde vom Parlament allein mit den Stimmen des Fidesz und ihrer Satellitenpartei KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) angenommen. Eine Volksabstimmung gab es ebenso wenig wie substanzielle Gespräche mit der Opposition. Es ist Orbán's Verfassung, die nun seit dem 1. Januar in Ungarn gilt.

### Orbán hängt sich in die Nationalgalerie

Welche zentrale Rolle sich der auch gerne als Volkstribun umschriebene Orbán im Zusammenhang mit der neuen Verfassung beimisst, zeigt ein Detail vom Montagabend. Der Ministerpräsident eröffnete eine Kunstausstellung mit 15 Bildern zu Ehren der neuen Verfassung in der ungarischen Nationalgalerie. Auf einem der Auftragswerke, die Ereignisse aus der jüngeren ungarischen Geschichte zeigen und

in einer Schmuckausgabe der neuen Verfassung abgedruckt sind, ist er auch selbst zu sehen.

Die so grundlegenden Änderungen im ungarischen Recht provozieren jedoch massiven Widerspruch. Anhänger der Opposition sowie Bürgerrechtsaktivisten werfen der Regierung vor, die Gewaltenteilung zu missachten. Orbán wolle seine Kontrolle über die Justiz, die Zentralbank, religiöse Gruppen und die Medien ausbauen, hieß es aus den Reihen der Protestbewegung.

### **Ein eigentümlicher Nationalismus**

Auch die EU, die USA sowie internationale Aufsichtsbehörden hatten die jüngsten Gesetzesreformen in Ungarn kritisiert. Am Dienstag gab die EU-Kommission bekannt, in den nächsten Tagen entscheiden zu wollen, ob sie Ungarn wegen seiner Verfassungsänderungen verklagt. Die Regierung in Budapest erklärt hingegen, dass die neue Verfassung den 1989 eingeläuteten Übergang vom Kommunismus zur Demokratie vollende.

Dabei pflegt die Fidesz einen eigentümlichen Nationalismus. Sie betont das „wahre“, das historische Volkstum, betont das christliche Erbe, den Stolz der Nation. In der neuen Verfassung trägt das Land gleich einen neuen Namen. Statt "Republik Ungarn" (Magyar Köztársaság) heißt das Land nun schlicht "Ungarn" (Magyarország). Der demokratische Beisatz – ersatzlos gestrichen.

### **Steuer mit Verfassungsrang**

Die Bedenken der Orbán-Gegner sind nicht grundlos. Die neue Verfassung verschiebt die Gewichte im Land nach rechts und erhebt bestimmte Haushaltsregeln in den Verfassungsrang. Der Verfassung ist ein "Nationales Glaubensbekenntnis" als Präambel vorangestellt, das einen starken Bezug zum Christentum und zum mittelalterlichen ungarischen Reich herstellt.

Verfassungsrang bekam die 16-prozentige Einheitssteuer (Flat tax). Möglichen Änderungen durch eine Nachfolgerregierung setzt Orbán damit hohe Hürden. Im Parlament braucht es dazu wieder eine Zweidrittel-Mehrheit.

### **Orbán kann seine Macht zementieren**

Hinzu kommt ein neues mächtiges Gremium, das die Befugnisse des Parlaments beschneidet. Die Rede ist vom neu geschaffenen Haushaltsrat. Seine Mitglieder werden auf neun Jahre ernannt, ausgewählt von der amtierenden Regierung. Orbán hat damit die Möglichkeit, seine Macht zu zementieren. Der Haushaltsrat kann gegen Budgetentwürfe der Regierung ein Veto einlegen und damit sogar vorgezogene Neuwahlen erzwingen.

Zudem beschneidet die neue Verfassung die Kompetenzen des Verfassungsgerichts. In den 22 Jahren seit der demokratischen Wende hatte es sich als wichtige demokratische Kontrollinstanz etabliert. Jetzt wird der aktuelle Vorsitz aufgelöst. Im Dezember hatte es Orbáns umstrittenem Mediengesetz noch einen Riegel vorgeschoben. Der Regierungschef hat inzwischen die Karten neu verteilt.

## **Neue Ämter auf bis zu zwölf Jahre**

Orbán und seine Regierung haben neben dem Haushaltsrat auch zahlreiche andere staatliche Funktionsträger für Perioden von neun oder zwölf Jahren ernannt. Unter ihnen sind die Leiterin des Obersten Justizamtes und der Oberste Staatsanwalt, die einzelne Fälle nach Belieben bestimmten Gerichten zuweisen können. Kritiker befürchten, dass eine neue Regierung nach einer eventuellen Abwahl Orbáns durch diese Funktionsträger in ihrer Handlungsfreiheit stark eingeschränkt sein könnte.

Die EU-Kommission hatte noch vor Jahresende einige wirtschaftliche Bestimmungen wie den Verfassungsrang der Einheitssteuer und Verfassungszusätze zur Einschränkung der Unabhängigkeit der Notenbank beanstandet. US-Außenministerin Hillary Clinton hatte darüber hinaus in einem Brief an Orbán die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz und der Medien durch die neue Verfassung kritisiert.

## **Entsetzen bei den Nachbarn**

Orbán hat das wenig beeindruckt. Im benachbarten Ausland ist man entsetzt über die Entwicklung in Budapest. Die tschechische Zeitung „Lidove Noviny“ etwa schreibt von einem stillen Putsch und wirft Orbán „unverfrorene Schritte“ vor. Das Land bewege sich in Richtung von Putins Russland. Der SPD-Experte für Außenpolitik, Rolf Mützenich, sagt: "Die Aushebelung der Rechte des Verfassungsgerichts, die Infragestellung von Mehrheitsentscheidungen und die Nichtbeachtung von Minderheitenrechte sind ein Skandal."

Ungarn steht vor unruhigen Zeiten. Zumal es nicht allein die politischen Turbulenzen sind, die ihre Schatten vorauswerfen. Wirtschaftlich droht dem Land der Untergang. Inzwischen wird es in einem Atemzug mit den südeuropäischen Pleite-Staaten genannt. Die Rating-Agenturen haben Ungarn bereits auf Ramsch-Niveau heruntergestuft. Wirtschaftliches Wachstum ist 2012 nicht in Sicht. Vieles spricht dafür, dass auch die Regierung in Budapest bald Hilfen in Anspruch nehmen muss. Man darf gespannt sein, ob sie sich dann auch mit demokratischen Auflagen konfrontiert sehen wird.